

p.B.15.21.Au.(6).-MCH/cm

Bern, den 3. Dezember 1973

v 9<sup>h</sup>

Notiz an den Departementschef

- Kopie an:
- Herrn Botschafter Thalmann
  - Herrn Botschafter Diez
  - Herrn Botschafter Bindschedler
  - Herrn Fritschi
  - Schweizerische Botschaft, Wien

Am 30. November fand in Bern eine Besprechung zwischen dem Generalsekretär des österreichischen Aussenministeriums, W. Wodak, und Botschafter Thalmann statt. Die Initiative dazu war von österreichischer Seite ausgegangen, und es handelte sich offiziell um Konsultationen über die Europäische Sicherheitskonferenz. Herr Wodak warf aber auch als einziges bilaterales Problem die Frage des Kernkraftwerkes Rüthi auf. Er betonte dabei, dass er im Auftrag von Aussenminister Kirchschläger spreche der speziell darum gebeten habe, dass man auch Sie darüber orientiere.

Herr Wodak ging davon aus, dass "Rüthi" für beide Seiten ein schwieriges innenpolitisches Problem darstelle. Um eine rationelle Lösung zu finden, müsse daher das Problem entpolitisiert werden. Das Beste wäre, wenn man in irgendeiner Weise auf dem Rechtsweg eine Lösung finden könnte. Aussenminister Kirchschläger habe zwar auch keine konkreten Vorstellungen darüber wie dies erfolgen sollte, doch könnte man daran denken, dass durch die Schiedsgerichtsbarkeit eine Lösung rechtlich fundiert und damit auch innenpolitisch vertretbar gemacht würde.

- 2 -

Botschafter Bindschedler bemerkte darauf, dass er ein Verfahren vor dem internationalen Gerichtshof in Haag nicht empfehlen könnte, da dies bedeuten würde, dass unbeteiligte Dritte, die von unseren nachbarlichen Verhältnissen keine Kenntnisse haben, über diese urteilen müssten. Man müsste schon eher an ein Verfahren gemäss dem bilateralen Schiedsvertrag denken. Botschafter Wodak stimmte dem sehr nachdrücklich zu. Nach seinen Worten wäre es "ein grossartiges Beispiel", wenn unsere beiden Länder ein so schwieriges Problem auf diesem Wege lösen würden.

Das ganze Gespräch machte den Eindruck, dass die Oesterreicher in Zukunft immer mehr auf die Aufnahme eines Schiedsgerichtsverfahrens drängen werden.

Politische Direktion



(Ch. Müller)